



# Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf

## Die Vorsitzenden der Fraktionen

**CDU    SPD    Bündnis90/Die Grünen    FDP**

Frau Ministerin Christa Thoben  
Ministerium für Wirtschaft,  
Mittelstand und Energie  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Haroldstraße 4  
40213 Düsseldorf

### **Künftige Ausrichtung der Abgrabungspolitik**

17.02.2009

Sehr geehrte Frau Ministerin Thoben,

der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf hat sich in den zurückliegenden Jahren intensiv mit Fragen der Rohstoffgewinnung beschäftigt. Dabei hat zuletzt die 51. Regionalplanänderung gezeigt, dass ein Ausgleich der verschiedenen Belange immer schwieriger wird und kaum erreicht werden kann. Weite Teile der Region sind bereits durch Abgrabungen überformt, kommunale Entwicklungsmöglichkeiten werden hierdurch eingeschränkt und die Widerstände gegen die Rohstoffgewinnung wachsen in vielen Kommunen.

Es ist dringend geboten, die Rahmenbedingungen für die Steuerung der Abgrabungstätigkeit im Land grundlegend zu hinterfragen und unter Berücksichtigung der besonderen Situation insbesondere am Niederrhein neu zu ordnen. Wir machen Ihnen deshalb als Sachwalter der Region sowohl Vorschläge für den neuen Landesentwicklungsplan LEP 2025 als auch für darüber hinausreichende Handlungsfelder.

Wir brauchen ein auf empirisch gesicherten Daten beruhendes normatives Entscheidungsgerüst, das die Belastungen für die Region mindert. Die Regelungen müssen sicherstellen, dass ein besserer Einklang der verschiedenen Raumnutzungen in diesem dicht besiedelten Regierungsbezirk erreicht wird. Das beiliegende Positionspapier des Regionalrates enthält dazu differenzierte Vorschläge. Hervorzuheben sind die folgenden Punkte:

- Klares Bekenntnis des neuen LEP 2025 zu einer Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für die Rohstoffgewinnung – im Einklang mit der Initiative der Landesregierung „Allianz für die Fläche“,

Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40479 Düsseldorf

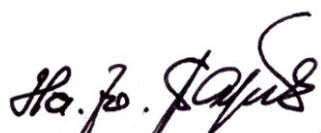
- Erstellung einer differenzierten langfristigen Bedarfsprognose für die Rohstoffgewinnung, die unter anderem auch den demographischen Wandel und die Potenziale von Recycling und Substitution berücksichtigt,
- kein Systemwechsel bei der planerischen Flächensicherung, das heißt keine Verpflichtung, die gerade beschlossene Systematik mit Reservekarte aufzugeben und dabei Sondierungsbereiche in zusätzliche Abgrabungsbereiche umzuwandeln,
- Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auch beim neuen LEP 2025; regionale Entscheidungsspielräume müssen erhalten bleiben,
- frühzeitige und umfassende Einbindung des Regionalrates als Vertretung der von Abgrabungen besonders betroffenen Region beim neuen LEP 2025,
- gutachterliche Neubewertung der Möglichkeiten einer gebündelten Rohstoffgewinnung in Braunkohlenabbaugebieten,
- verstärkte Nutzung der Potenziale von Recycling und Substitution; dies erfordert ein vom Land in Auftrag zu gebendes Gutachten, das auch die gegenwärtigen rechtlichen Rahmenbedingungen in DIN- und Vergabennormen hinterfragt,
- Beendigung der Anwendung des Bergrechtes bei der Kies- und Sandgewinnung; Doppelzuständigkeiten sowie regionsferne Entscheidungen erfordern dringend eine Änderung des BBergG und eine entsprechende Landesinitiative,
- Beauftragung eines Gutachtens zur Thematik der Einführung einer Abgabe auf die Kies- und Sandgewinnung und eines daraus gespeisten Entwicklungsfonds,
- exemplarische Untersuchung der „Opportunitätskosten“ der Rohstoffgewinnung, das heißt der Nutzen bzw. Erträge z.B. im Bereich der Landwirtschaft, die einem auf Dauer entgehen, wenn eine Fläche zu einem Abgrabungssee wird.

Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Anlage, in der die Punkte vertieft dargestellt werden. Die entsprechende rasche Untersuchung und Umsetzung ist schon im Vorfeld der Aufstellung des neuen LEPs geboten, damit über die künftige Rohstoffpolitik des Landes auf der Grundlage hinreichender Informationen und verbesserter Rahmenbedingungen entschieden werden kann.

Herrn Knieps und Frau Fasse als Vorsitzenden der Ausschüsse für Wirtschaft, Mittelstand und Energie einerseits und Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz andererseits schicken wir das Positionspapier separat zu.

Gerne sind wir bereit, Ihnen unsere Argumente in einem persönlichen Gespräch näher zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Joachim  
Wagner  
(Vorsitzender der  
CDU-Fraktion)



Gunhild Sartingen  
(Vorsitzende der  
SPD-Fraktion)



Manfred Krause  
(Vorsitzender der  
Fraktion Bündnis  
90 / Die Grünen)



Otto Laakmann  
(Vorsitzender der  
FDP-Fraktion)